

EINFÜHRUNG: REIBUNGSFLÄCHEN ZWISCHEN RUßLAND UND DEN BALTISCHEN STAATEN

Martin Malek

Die Rolle der Ereignisse von 1940

Masiulis und Vushkarnik beziehen sich auf die divergierenden russischen und baltischen Interpretationen der Ereignisse, die zur Besetzung der baltischen Staaten durch die Rote Armee führten. – Die Balten sprechen von "gewaltsamer Annexion" und verweisen darauf, daß diese von zahlreichen Staaten, darunter den USA, explizit nie anerkannt worden ist. Somit sei keine völkerrechtliche Vollwirksamkeit der Annexion eingetreten; die Rechtssubjektivität Estlands, Lettlands und Litauens sei erhalten geblieben. Daher sei Ende 1991 ihre Unabhängigkeit nicht erreicht, sondern lediglich (endgültig) wiederhergestellt worden. – Das offizielle Rußland lehnt diese Interpretation der Ereignisse von 1940 dezidiert ab: Es habe keine Okkupation gegeben, sondern nur "politischen Druck der Stalin-Führung auf die Führung der baltischen Staaten". Wassilij Swirin, Leiter der russischen Delegation bei den Verhandlungen mit Estland, meinte, daß weder 1939 (als Estland und die UdSSR einen "Pakt über gegenseitige Hilfe" unterzeichneten) noch 1940 eine Okkupation Estlands durch die UdSSR stattgefunden habe: "Die Tätigkeiten der sowjetischen Seite fallen kaum unter das rechtliche Verständnis von Okkupation". Die Staatsduma, das Unterhaus des russischen Parlaments, qualifizierte in einer Resolution vom 3.10.1996 die Besetzung Lettlands 1940 als "Antwort auf die Bitte der Lettischen Sowjetrepublik auf Anschluß an die UdSSR". Der stellvertretende Außenminister Alexander Awdejew ergänzte die Position Rußlands im Jänner 1998 in einem Brief an den bekannten Nationalisten und Vizepräsidenten der Staatsduma, Sergej Baburin, mit der Behauptung, daß 1939/40 "keine Norm des internationalen Rechts" existiert habe, die Androhung von Gewalt zur Erreichung politischer Ziele verbot. Moskau besteht zudem darauf, daß die baltischen Staaten 1940 auch völkerrechtlich untergegangen sind, womit alle von ihnen vorher abgeschlossenen internationalen Verträge ihre Gültigkeit verloren hätten.

Anatolij Trynkow, ein Mitarbeiter des Rußländischen Instituts für strategische Forschungen in Moskau, meinte, daß selbst dann, wenn die UdSSR die baltischen Staaten 1940 mit Drohungen zur Zustimmung zum Einmarsch der Roten Armee bewogen habe, das "jetzige demokratische Rußland" dafür formal keine Verantwortung trage. Allerdings müßte es dann dem "demokratischen Rußland" umso leichter fallen, sich von der sowjetischen Interpretation der Ereignisse von 1940 zu distanzieren. Vor allem aber läßt Trynkow außer Acht, daß sich Rußland beim Zerfall der UdSSR (Ende 1991) zu deren Rechtsnachfolger erklärt hat, was auch – so durch die Übernahme des sowjetischen Sitzes im UNO-Weltsicherheitsrat – internationale Anerkennung fand.

Die Kontroverse über das Jahr 1940 setzt sich in der Interpretation der Sowjetherrschaft im Baltikum (bis 1989/91) fort. Während die Balten nur von der "Zeit der Okkupation" sprechen, kann man z.B. im Organ der russischen Regierung, der "Rußländischen Zeitung", lesen, daß das russische Volk Lettland nach dessen "Eintritt in die UdSSR" bei der Entwicklung von Industrie, Landwirtschaft, Wissenschaft, Bildung und Kultur "uneigennützig geholfen" habe. Eine kritische Reflexion der sowjetischen Baltikumpolitik, die unter Stalin u.a. zur Verschleppung Zehntausender Esten, Letten und Litauer führte und auch später eine gezielte Ansiedlung von Slawen verfolgte, zeichnet sich in Rußland bis heute nicht ab. In einer vom Parlament Lettlands (Saeima) am 22.8.1996 beschlossenen "Deklaration über die Anerkennung des Fakts der Okkupation der Republik" hieß es, daß "das

Okkupationsregime der Sowjetunion einen zielgerichteten Genozid am lettischen Volk durchgeführt" habe. Und: "Die Republik verlangt keine Rache für die Vergangenheit, sie ist aber alarmiert, daß die Rußländische Föderation (RF) die von der Sowjetunion vorgenommene Okkupation nicht anerkennt". Politiker und Medien in Rußland reagierten wütend. Das Außenministerium nannte die "Deklaration" in einer der schärfsten Erklärungen seit langem "provokatorisches Vorhaben" und sprach von einer "Absicht, eine 'Rechtsbasis' zu schaffen, um unsere Landsleute, die ohnedies keine Möglichkeit haben, die lettische Staatsbürgerschaft zu erhalten, aus dem Land hinauszudrängen".

Die "Russischsprachigen"

a. Russische Vorwürfe

Die Haltung gegenüber den baltischen Staaten ist in der politischen Elite wie auch der öffentlichen Meinung Rußlands überaus homogen und damit einwandfrei Teil des sogenannten "patriotischen Konsenses" (Gerhard Simon), der alle maßgeblichen politischen Kräfte – von den schwachen "Demokraten" über die Zentristen bis hin zu den tonangebenden Kommunisten und Nationalisten – auf der Grundlage gleicher oder ähnlicher Positionen zu politischen Grundfragen vereinigt.

Vushkarnik verweist darauf, daß es in Rußland keine Kräfte gibt, die für eine Verbesserung der Beziehungen zu den baltischen Staaten eintreten. Deren Image in Rußland ist exemplarisch schlecht; unbeliebter ist Umfragen zufolge nur noch Afghanistan mit seiner islamisch-fundamentalistischen Taliban-Führung. Am relativ besten hat sich noch das Verhältnis zwischen Rußland und Litauen entwickelt, obwohl dort die Unabhängigkeitsbewegung von der UdSSR Anfang der 80er Jahre ihren Ausgang genommen hatte.

Eines der Hauptprobleme aus russischer Sicht sind die slawischen Minderheiten, die sogenannten "Russischsprachigen" (darunter die von Helme thematisierten, aus sowjetischer Zeit stammenden Militärpensionisten), v.a. in Estland und Lettland. Sie haben unbestreitbar ihre privilegierte Stellung aus der Sowjetzeit verloren. Es gehört allerdings zu den festen Überzeugungen des gesamten russischen politischen Establishments wie auch der Öffentlichkeit, daß sie "unterdrückt", "diskriminiert", "Menschen zehnter Klasse", ja "vom Genozid bedroht" seien und ihnen "elementare Menschenrechte" vorenthalten würden; selbst der frühere (als angeblich "liberal" im Westen sehr geschätzte) Außenminister Andrej Kosyrew befürchtete "ethnische Säuberungen" und die "Errichtung von Konzentrationslagern" (!) im Baltikum.

Am 3.3.1998 kam es zwischen den Teilnehmern einer nicht angemeldeten (und daher illegalen) Demonstration von (nach verschiedenen Angaben) 1.000 bis 1.500 v.a. der slawischen Minderheit angehörenden Rentnern, die vor dem Rathaus in Riga auf ihre sozialen Probleme aufmerksam machen wollten, und der Polizei zu Zusammenstößen. Verletzte gab es nicht, doch in Rußland gingen die Wogen der Empörung hoch. So rief der einflußreiche Bürgermeister von Moskau (und wahrscheinliche Kandidat für die Präsidentenwahlen Mitte 2000), Jurij Luzhkov, bei einer Demonstration von mehreren hundert Menschen vor der lettischen Botschaft in Moskau, daß in Lettland "Verhältnisse wie zu Zeiten Pol Pots in Kambodscha" herrschten – es gehe dort eine "konsequente Politik des Genozids" an den "Russischsprachigen" vor sich. Mehrere Demonstranten machten Anstalten, das Gebäude zu stürmen und den Botschafter auf die Straße zu werfen.

Tab. 1: Die Nationalitäten in den baltischen Staaten (in %)

Land	Titularnation	Russen	Ukrainer	Belorussen	Polen	Andere
Estland (1998)	65,1	28,1	2,5	1,5	0,2	2,6
Lettland (1998)	55,5	32,4	2,9	3,9	2,2	3,1
Litauen (1996)	81,4	8,3	1	6,9	1,5	0,9

Quellen: [Estnisches Statistikamt](http://www.stat.ee/wwwstat/eng-stat/statistics-fr.html) (www.stat.ee/wwwstat/eng-stat/statistics-fr.html); Fischer Weltatlas 1999. Frankfurt a.M. 1998, Sp. 478.

All das zeigt, daß die Lage der "Russischsprachigen" im Baltikum von der russischen Politik und Öffentlichkeit stark emotionalisiert gesehen wird, was einen pragmatischen Umgang mit den Balten spürbar erschwert. Trotz der angeblich untragbaren Lage der "Russischsprachigen" in Estland und Lettland ist Rußland nicht an deren Übersiedlung interessiert, weil sie zumindest theoretisch als "Hebel" gegen diese Länder angesetzt werden könnten und es zudem bereits genug mit der Versorgung von Flüchtlingen und Übersiedlern aus zentralasiatischen und kaukasischen Ländern zu tun hat.

Helme wie Trenin verweisen einhellig darauf, daß im Baltikum keine irgendwie nennenswerten gewaltsamen Ausschreitungen zwischen den Titularvölkern und den "Russischsprachigen" zu verzeichnen waren. Es gab auch nie Terrorakte gegen Russen oder von ihnen betriebene Einrichtungen – während in Deutschland mehrere Brandanschläge auf Ausländerheime verübt wurden.

Eine gewisse selektive Sensibilität Rußlands gegenüber der Einhaltung von Menschenrechten ist nicht zu übersehen. So weist es vom Westen oder Menschenrechtsorganisationen erhobene Kritik an den Verhältnissen z.B. in Serbien, Belarus, Tadschikistan, China, dem Iran, dem Irak oder Kuba stets als "Einmischung in die inneren Angelegenheiten" dieser (mit ihm befreundeten oder verbündeten) Staaten zurück. Das russische Verständnis des Begriffs "innere Angelegenheiten" variiert dabei in Abhängigkeit von Interessen und Sympathien. So galt das Vorgehen der russischen Streitkräfte gegen die separatistische nordkaukasische Republik Tschetschenien (1994-96), das (nach verschiedenen Angaben) 30.000 bis 100.000 Tote forderte, als "innere Angelegenheit Rußlands". Wenn nach Moskauer Ansicht selbst Massenvertreibung und -tötung von Albanern durch die Serben im Kosovo 1998/99 eine "innere Angelegenheit Jugoslawiens" war, in die sich niemand (und schon gar nicht die NATO) einmischen hätte dürfen, dann müßte das eigentlich noch viel mehr für die Staatsbürgerschafts- und Sprachgesetzgebung von Staaten – und hier konkret des Baltikums – gelten; dies ist in der Praxis jedoch nicht der Fall (siehe dazu unten).

In Rußland haben in den letzten Jahren nationalistische und isolationistische Stimmungen zugenommen; an Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft orientierte Werte (da aus dem Westen stammend und mit einem "russischen Sonderweg" angeblich unvereinbar) sind inzwischen weitgehend diskreditiert. Auch daher stellt sich die Frage, inwieweit die wiederkehrenden russischen Beschwerden über einen "radikalen Nationalismus" der Balten im Westen zum Nennwert genommen werden sollten.

b. Die Staatsbürgerschaftsproblematik

Estland und Lettland hatten bei der Wiederherstellung der Unabhängigkeit nur jenen Personen, die bereits 1940 die entsprechende Staatsbürgerschaft besaßen, und ihren Nachkommen automatisch die Staatsbürgerschaft gewährt. Damit war der Großteil der "Russischsprachigen", die nach 1945 gekommen waren, plötzlich staatenlos. Estland und Lettland argumentieren u.a., daß es ein völkerrechtliches Verbot der Ansiedlung "eigener" Leute in okkupierten Territorien (als die sich die baltischen Staaten 1940-91 betrachten) gibt, sodaß die "Russischsprachigen" kein Anrecht auf den "automatischen" Erhalt der Staatsbürgerschaft hätten. Allerdings kann sich im Völkerrecht mit der Zeit ein ursprünglich "widerrechtlicher" Zustand durchaus in einen "rechtmäßigen" verwandeln; entsprechende Fristen sind aber natürlich nicht festgelegt. Dieser Aspekt der Frage ist damit völkerrechtlich zumindest strittig.

Diese Komponente war allerdings bei der Ausarbeitung der entsprechenden Gesetzgebung Estlands und Lettland nicht dominierend. Die Bevölkerung der beiden wieder unabhängigen Staaten besteht jeweils zu einem großen Teil nicht aus Vertretern der Titularnation (vgl. Tab. 1), und die Behörden wollten den während der Sowjetzeit eingewanderten Slawen und ihren Nachkommen, deren Loyalität sie bezweifelten, die Staatsbürgerschaft nicht ohne weitere Formalitäten – u.a. in Prüfungen zu dokumentierende Sprachkenntnisse – gewähren. Nicht zuletzt angesichts von Druck aus Rußland wie auch der EU, die zeitweise mit der Verschiebung von Beitrittsverhandlungen drohte, machten Estland und Lettland beim Erwerb der Staatsbürgerschaft Zugeständnisse an die "Russischsprachigen". So faßte das lettische Parlament 1998 einen (dann bei einer Volksabstimmung bestätigten) Beschluß, dem zufolge alle nach dem 21.8.1991 in der Republik geborenen Kinder die Staatsbürgerschaft auf Antrag der Erziehungsberechtigten automatisch erhalten können. Mitte Juli 1999 trat in Estland eine ähnliche Erleichterung in Kraft: Nun können staatenlose Kinder, die nach dem 26.2.1992 (dem Tag der neuerlichen Inkraftsetzung des letzten estnischen Staatsbürgerschaftsgesetzes der Vorkriegszeit) in Estland geboren wurden, auf Initiative ihrer Erziehungsberechtigten auch ohne Kenntnis des Estnischen die Staatsbürgerschaft erhalten. Diese Regelung betrifft ca. 6.500 Kinder.

Auch wegen der Schwierigkeiten beim Erwerb der entsprechenden Staatsbürgerschaft ist der Anteil der in Estland und Lettland ständig lebenden Personen mit russischer Staatsangehörigkeit, die sofort und weitgehend ohne Formalitäten gewährt wird, stark angewachsen. Hier ergibt sich ein Konnex zu Sicherheitsfragen: Die (derzeit in Überarbeitung befindlichen) "Grundbestimmungen der Militärdoktrin" Rußlands vom November 1993 nennen unter den "wichtigsten bestehenden und potentiellen Quellen einer militärischen Gefahr für die RF von außen" auch eine "Unterdrückung von Rechten, Freiheiten und rechtmäßigen Interessen von Bürgern der RF in ausländischen Staaten". Es ist nicht undenkbar, daß Rußland daraus ein "Recht" auf – möglicherweise auch militärische – Interventionen in den früheren Sowjetrepubliken (und eben auch im Baltikum) ableitet. Litauen hat sich – im Unterschied zu Estland und Lettland – für die sogenannte "Nullvariante" entschieden, d.h. im Prozeß der Wiederherstellung der Unabhängigkeit wurde allen Einwohnern die Möglichkeit geboten, die Staatsbürgerschaft ohne weitere Formalität zu erwerben. Das war, wie Masiulis ausführt, für das Land tragbar, weil seine slawische Minderheit die kleinste des Baltikums ist (vgl. Tab. 1).

c. Die Sprachenproblematik

In der Sowjetunion war Russisch die lingua franca. Die Russen in den nichtrussischen Unionsrepubliken (d.h. nicht nur im Baltikum) sahen daher ganz überwiegend keinen Grund, die Sprache der Titularnation der jeweiligen Republik zu erlernen. Dagegen war Russischunterricht in der ganzen UdSSR verbindlich, und von den nichtrussischen Völkern –

und daher auch den Balten – wurde Bereitschaft zur Aneignung des Russischen verlangt bzw. erwartet.

Rußland warf – wie mitunter auch Vertreter westlicher Länder – die Frage auf, warum die baltischen Länder nach der neuerlichen Etablierung ihrer Unabhängigkeit das Russische nicht wenigstens als zweite Amtssprache zulassen wollten. Aus baltischer (und hier von Helme vertretener) Sicht hätte eine solche offizielle Fortsetzung der "Zweisprachigkeit" die Integration der nicht den Titulatnationen zugehörigen Bevölkerungsteile in die Gesellschaft nicht nur nicht gefördert, sondern sogar behindert, weil die "Russischsprachigen" dann weiterhin keinen Grund sehen würden, die Sprache eines kleinen Landes zu erlernen und Russisch dann möglicherweise wieder auch im Baltikum dominierende Sprache geworden (bzw. geblieben) wäre.

Die Sprachpolitik war zuletzt im Juli 1999 Gegenstand von Kontroversen, als das lettische Parlament ein neues Sprachgesetz beschloß, das die Stellung des Lettischen in der Öffentlichkeit stärken sollte. Nach heftigen Protesten Rußlands, der EU und der "russischsprachigen" Minderheit im Land lehnte die gerade gewählte Präsidentin Vaira Vike-Freiberga die Unterzeichnung des Gesetzes ab und trug dem Parlament eine Nachbesserung auf.

Grenzfragen

Am Ende des Zweiten Weltkrieges hatten die Estnische Sowjetrepublik ca. 2.500 Quadratkilometer und die Lettische Sowjetrepublik ca. 2.000 Quadratkilometer ihres Territoriums an die Rußländische Sowjetrepublik abgeben müssen. Estland und Lettland bestanden nach der Wiederherstellung der Unabhängigkeit auf der Gültigkeit der von ihnen mit Sowjetrußland 1920 abgeschlossenen Friedensverträge, die einen anderen Grenzverlauf festschrieben als er heute de facto besteht. Rußland lehnte dies ab und berief sich dabei auf das Völkerrecht: "Ein Staat, der in einen anderen Staat eintritt, hört auf, selbständiges Subjekt des Völkerrechts zu sein, und alle von ihm früher unterzeichneten internationalen Verträge verlieren ihre Gültigkeit. 1940 trat Estland, wie bekannt, in die UdSSR ein".

Damit verbindet Rußland die Regelung der Grenzfragen mit der wie dargestellt strittigen Interpretation der Ereignisse von 1940. Wenn es nämlich zugäbe, daß Estland und Lettland der UdSSR 1940 nicht freiwillig "beigetreten" sind, sondern völkerrechtswidrig okkupiert wurden, müßte es auch einräumen, daß die beiden Staaten 1940 als Völkerrechtssubjekte nicht zu existieren aufgehört haben; und in diesem Fall gäbe es auch keine logische Möglichkeit mehr, die Gültigkeit der Friedensverträge von 1920 – und damit veränderte Grenzen – zu bestreiten. Moskau setzte das Festhalten Estlands und Lettlands an den Verträgen von 1920 mit Gebietsansprüchen gleich, von denen sich die beiden Staaten schließlich distanzieren.

Es gibt bisher keinen einzigen gültigen, d.h. unterzeichneten und ratifizierten Grenzvertrag zwischen Rußland und einem baltischen Staat. Moskau verknüpft die Grenzfragen offen erstens mit der Lage der "Russischsprachigen" (ohne zu erklären, was diese beiden Angelegenheiten miteinander zu tun haben) und setzt sie zweitens, wie von Trenin bemerkt, auch dazu ein, die NATO-Ambitionen der Balten (siehe unten) zu behindern; bekanntlich schreibt die Allianz ihren Aufnahmewerbern unumstrittene Grenzen und völlig geklärte Nachbarschaftsbeziehungen vor. – Insgesamt illustriert (auch) die Grenzproblematik eine von Rußland gegenüber den baltischen Staaten angewandte Strategie: "ein überschaubares und lösbares Problem wird mit einem anderen Problem gekoppelt, das unlösbar erscheint oder zumindest unlösbar gemacht werden kann".

Internationale Kritik an den baltischen Staaten

Moskau bemüht sich immer wieder, internationale Organisationen wie den Europarat, die OSZE und die UNO v.a. gegen Estland und Lettland zu mobilisieren. Wenn dies gelingt, interpretiert es das als Beweis für die Richtigkeit seiner Position; wenn nicht (bzw. wenn Unterstützung nicht im erwarteten oder eingemahnten Ausmaß eintrifft), wirft es dem Westen vor, seinen eigenen Prinzipien zum Schutz der Menschenrechte (gemeint: der "Russischsprachigen") untreu zu sein und dem "baltischen Nationalismus" Vorschub zu leisten.

Helme beklagt den Umstand, daß sowohl Rußland als auch europäische Organisationen die Staatsbürgerschafts- und Sprachenpolitik der baltischer Staaten immer wieder zum Anlaß für Kritik nehmen. Tatsächlich gab es mehr oder weniger offene Drohungen von EU-Vertretern, Estland und Lettland von Beitrittsverhandlungen auszuschließen, wenn sie den russischen Forderungen nicht entgegenkommen – und die beiden Länder sahen sich dann meist zum Nachgeben veranlaßt. Das zeigte sich bei mehreren Gelegenheiten, zuletzt beim erwähnten lettischen Sprachgesetz. Die damalige Kritik aus Westeuropa, die in den russischen Medien besonders herausgestrichen und naturgemäß als Unterstützung für die eigene Position dargestellt wurde, ließ eine angesehenere Schweizer Zeitung fragen, wie fair Westeuropa gegenüber Lettland eigentlich ist. "Europarat oder OSZE dürften Mühe haben zu erklären, wieso sie in anderen Mitgliedsländern wesentlich tristere Menschenrechtsverhältnisse als in Lettland dulden".

Im Beitrag von Helme sind Enttäuschung und Unverständnis über das Verhalten westlicher Politiker, gegenüber Estland und Lettland zumindest zeitweise für russische Positionen zu werben, deutlich spürbar. Dahinter steht der im Baltikum verbreitete Eindruck, daß die westlichen "Ratschläge" oft vorwiegend auf die "Beruhigung" Rußlands abzielen und den Befürchtungen der kleinen baltischen Völker, die aufgrund ihrer historischen Erfahrungen an sich subjektiv nachvollziehbar sein sollten, kaum Rechnung tragen. Zudem haben die vergleichsweise winzigen baltischen Staaten (die miteinander weniger Einwohner aufweisen als Moskau) sehr viel geringere Möglichkeiten als Rußland, der Weltöffentlichkeit ihre Sicht der Dinge zu vermitteln. Eine der Auswirkungen dieses Umstandes ist, daß sich westliche Funktionsträger und Medien die russischen Vorwürfe der "Diskriminierung der Russischsprachigen" oft ungeprüft zu Eigen machen.

Rußland und die NATO-Ambitionen der Balten

Die baltischen Staaten möchten so rasch wie möglich Vollmitglieder der NATO werden. Sie sind dem Programm "Partnership for Peace" (PfP) Anfang 1994, d.h. sofort nach seiner Schaffung, beigetreten und nehmen (im Unterschied zu Rußland) aktiv teil – offenkundig in der Absicht, sich an NATO-Standards anzunähern, um damit die Aufnahme zu beschleunigen. In den Programmen zahlreicher Parteien und Bewegungen Rußlands – und auch der mit Anstand bedeutendsten politischen Kraft des Landes, der Kommunistischen Partei (KPRF) – wird die Wiederherstellung der UdSSR gefordert. Baburin verfißt dies – unter Einschluß der baltischen Staaten – auch im westlichen Ausland. Das "offizielle" Rußland beansprucht die ganze ehemalige UdSSR ("Nahes Ausland", "postsowjetischer Raum") dagegen "nur" als "Zone besonderer Interessen", aus der dritte – und v.a. westliche – Länder möglichst fernzuhalten sind. Eine NATO-Mitgliedschaft von ehemaligen Sowjetrepubliken – und eben auch der baltischen Länder – würde diese, so fürchtet man in Moskau, dem russischen Einfluß endgültig entziehen und wird auch deswegen als Bedrohung der eigenen nationalen Sicherheit angesehen. Rußland geht es aber nicht nur um die Verhinderung einer NATO-Mitgliedschaft der baltischen Länder an sich, sondern auch um den Nachweis, daß es nach wie vor in der Lage ist, auf ihren politischen Kurs effektiv einzuwirken. In Rußland wird denn auch immer

wieder Unmut darüber laut, daß die Balten versuchten, die russische Meinung zu "ignorieren". Manche Beobachter gewannen insgesamt den Eindruck, daß "many Russian leaders still cannot accept Estonia, Latvia, and Lithuania as truly independent states".

Moskau versuchte, auch auf die USA Druck auszuüben, um es nicht zu einem NATO-Beitritt der Balten kommen zu lassen. So sandte Präsident Boris Jelzin im Juni 1996 an seinen, wie es hieß, "Freund Bill" (Clinton) aus Anlaß des damals bevorstehenden Besuchs der drei baltischen Präsidenten in den USA einen Brief, der in recht schroffem Ton gehalten war: "Es kann nicht einmal um die hypothetische Möglichkeit einer Ausweitung der Tätigkeit der NATO auf die Länder des Baltikums gehen. Für Rußland ist eine solche Perspektive kategorisch unannehmbar, und wir würden einen solchen Schritt als direkte Herausforderung unserer nationalen Interessen einschätzen". Jelzin drohte damit, den (damals gerade zu Gunsten Rußlands geänderten) Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE) nicht mehr einzuhalten, wenn der Westen der Moskauer Position nicht Rechnung tragen sollte, und bemühte einmal mehr eine "Verletzung der Grundrechte und Freiheiten der russischsprachigen Bevölkerung" in Estland und Lettland. Später versuchte Jelzin eine andere Taktik: Er bot den Balten am 24.10.1997 "Sicherheitsgarantien" Rußlands an – offenbar, um ihnen Alternativen zur NATO schmackhaft zu machen. Sie wiesen diese Initiative allerdings unverzüglich zurück und machten klar, daß sie an ihrem bisherigen sicherheitspolitischen Kurs festzuhalten gedenken.

Russische Spitzenvertreter, allen voran Präsident und Außenminister, nennen eine Aufnahme der baltischen Staaten in die NATO immer wieder "rote Linie", die nicht überschritten werden dürfe. Wenn dies doch geschehe, sei eine "radikale Revision" der Beziehungen zur NATO unausbleiblich. Die russische Militärzeitung "Roter Stern" drohte mit "konkreten Aktionen auf den Gebieten Politik, Wirtschaft und Militär" und spielte auf Wirtschaftssanktionen an. Dazu kämen verstärkte Militärpräsenz in der nordwestlichen Region Rußlands mit Stationierung von taktischen Kernwaffen entlang der Grenzen zu den baltischen Staaten; Austritt aus dem VKSE oder Bruch einzelner seiner Bestimmungen; Revision von Militärdoktrin und Militärreform und eine Rückkehr zum Kalten Krieg. Dies sei "kein Säbelrasseln"; es handle sich um "mögliche erzwungene Antwortmaßnahmen zur Garantie der Sicherheit" Rußlands.

Rußland ist nicht nur gegen eine Mitgliedschaft in der NATO, sondern gegen jede Einbeziehung der Balten in deren Aktivitäten, weil es das für ein Vorspiel zur Vollmitgliedschaft in der Allianz hält. Zudem wirft es den Balten vor, die "Aggression der Nordatlantischen Allianz gegen das souveräne Jugoslawien" (gemeint: das Unternehmen "Allied Force" zwischen März und Juni 1999) unterstützt zu haben.

Eine Einladung der NATO zu Beitrittsverhandlungen an die baltischen Länder zeichnet sich für die überschaubare Zukunft nicht ab. Sie zieht sich angesichts des Drängens der Balten stets auf die allgemeine Formel zurück, daß die "Türe" für osteuropäische Länder "nicht geschlossen" sei. Genau diese Worte finden sich auch in der "Charta für Partnerschaft" zwischen den USA einerseits und den baltischen Staaten andererseits, die von den vier Präsidenten am 16.1.1998 unterzeichnet wurde. Darin ist auch von einem "Interesse" der USA an Unabhängigkeit, Souveränität und territorialer Integrität der baltischen Länder die Rede; die USA "begrüßen" deren Bemühungen um NATO-Mitgliedschaft. Es gibt in dem Dokument jedoch weder eine entsprechende Zusage noch eine Beistandsgarantie an die Balten für den Krisen- oder Kriegsfall, für den lediglich Konsultationen vorgesehen sind. Es bestehen kaum Zweifel, daß die baltischen Chancen für die Balten auf Zugang zur NATO angesichts von "Allied Force" weiter gesunken sind, weil die Allianz Moskau nach dem militärischen Vorgehen gegen seinen Verbündeten Jugoslawien nicht noch mehr "reizen" will – auch wenn das darauf hinausläuft, daß Rußland (trotz aller gegenteiliger Versicherungen aus Brüssel und Washington) ein "politisches" Vetorecht gegen die Aufnahme von Mitgliedern in ein Militärbündnis zugestanden wird, dem es selbst nicht angehört. Aus den Äußerungen von

verschiedenen Vertretern der NATO und ihrer Führungsmacht USA läßt sich folgern, daß ihnen das Insistieren der Balten unangenehm ist und sie es lieber sähen, wenn sich diese mit Moskau arrangieren bzw. sich mit einer neutralen Position zufriedengeben.

Es ist fraglich, ob die Balten überhaupt jemals in die NATO aufgenommen werden. Sie haben auch sonst keinen Schutz von außen zu erwarten: Schweden hat es ausdrücklich abgelehnt, eine entsprechende Verantwortung zu übernehmen. All das zeigt, daß sich der Westen von den Balten keinesfalls in die Pflicht nehmen lassen will. Diese Situation hat Befürchtungen in den baltischen Staaten genährt, vom Westen stillschweigend dem Einflußbereich Rußlands zugerechnet zu werden. Nicht zur Beruhigung der Balten dürfte auch die vom 21. bis zum 26.6.1999 abgehaltene sogenannte "strategische Kommando-Stabsübung" "Zapad-99" (russ. zapad = Westen), das größte und kostspieligste Manöver der russischen Streitkräfte seit dem Ende des Kalten Krieges, beigetragen haben: Sein Szenario sah u.a. Landungsoperationen gegen jene Staaten (darunter Litauen und Lettland) vor, von denen aus ein fiktiver "Aggressor" (der nicht beim Namen genannt wurde, bei dem es sich aber nur um die NATO handeln konnte) operiert.

Alle drei baltischen Staaten haben 1995 Mitgliedschaft in der EU beantragt. Allerdings wurde (im Dezember 1997) nur Estland zu Aufnahmegesprächen eingeladen; Lettland und Litauen hoffen bald zu folgen. Trenin bemerkt, daß Rußland dagegen bisher kaum Opposition hat erkennen lassen. Es ist allerdings denkbar, daß sich dies vor dem Hintergrund einer Verschmelzung von EU und WEU bis zum Ende des Jahres 2000 auf der Basis des (am 1.5.1999 in Kraft getretenen) Amsterdamer Vertrages und der Beschlüsse des Kölner EU-Gipfels Anfang Juni 1999, womit die EU auch eine militärische Komponente erhält, ändert.

Dr. Martin Malek
Institut für internationale Friedenssicherung
der Landesverteidigungsakademie (Wien)

Erschienen in:
Informationen zur Sicherheitspolitik Nr.23 (Oktober 1999);
Die Beziehungen zwischen Rußland und den baltischen Staaten;